



**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Prof. Dr. Gunnar Winkler  
Volkssolidarität Bundesverband e.V.  
Alte Schönhauser Straße 16

10119 Berlin

Berlin, 30. Mai 2011  
Bezug: Ihr Schreiben v. 27.04.11  
Anlagen: BT-Drucksache 17/5207

**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jacob-Kaiser-Haus  
Raum: 2.703  
Telefon: +49 30 227-73569  
Fax: +49 30 227-76885  
wolfgang.strengmann-  
kuhn@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**

Oppenheimer Straße 17  
60594 Frankfurt/Main  
Telefon: +49 69 -9637687-14  
Fax: +49 69-9637687-40  
wolfgang.strengmann-  
kuhn@wk2.bundestag.de

Mitglied des Ausschusses  
Arbeit und Soziales

Mitglied des Petitionsausschusses

Sehr geehrter Herr Dr. Winkler,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben bezüglich der Rentenangleichung Ost/West. Sie beziehen sich dabei auf mein Interview in der BILD-Zeitung. Leider ist die BILD-Zeitung bekannt dafür, Aussagen auf ihren vermeintlichen Skandalgehalt zu verkürzen. Deshalb bin ich froh, dass Sie mir Gelegenheit geben, Ihnen unseren Ansatz in seiner Gesamtheit darzulegen.

Die wichtigste Forderung der Grünen ist die Anhebung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West, und zwar so schnell wie möglich. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Rentenwert Ost immer noch über 10 Prozent unter dem Rentenwert West liegt. Aus zahlreichen Gesprächen, Bürgerbriefen und Petitionen weiß ich aber auch, dass viele Menschen im Osten auch die Berechnung der Entgeltpunkte und die Unterscheidung in Entgeltpunkte (West) und Entgeltpunkte (Ost) als diskriminierend empfinden. Dieses Zweiklassen-Rentenrecht wollen wir so schnell wie möglich abschaffen.

Der 01. Juli eines Jahres böte sich aufgrund der sowieso anstehenden Renten Anpassung als Stichtag für die Angleichung an. Da die Rentenversicherung dafür eine gewisse Umstellungsfrist braucht, könnte die Anpassung vom heutigen Zeitpunkt an frühestens am 01.07.2012 stattfinden.

Dabei ist uns wichtig, dass alle bisherigen Rentenansprüche unverändert bleiben und die Umsetzung der Angleichung nicht neue Ungerechtigkeiten schafft. Der Bild-Zeitungsbericht hat den Eindruck erweckt, wir würden die Renten im Osten kürzen wollen. Das ist falsch! Andererseits sind wir aber auch nicht für eine Anhebung aller Ostrenten durch eine *zusätzliche* Beibehaltung der bisherigen Höherwertung. Hier sind wir unterschiedlicher



Meinung. Wenn die Rentenwerte gleich sind, könnten dann Menschen aus dem Westen nicht mehr nachvollziehen, dass sie gleich viel in die Rentenkasse einzahlen, aber weniger Rentenansprüche dafür erhalten. Es ist für einen Geringverdiener mit 1000 Euro im Monat im Westen schwer vermittelbar, dass der Rentenanspruch bei gleichem Einkommen im Westen geringer ist, und noch weniger für eine Besserverdienende mit 4000 Euro im Monat, dass der Kollege im Osten mehr Rente bei gleichem Einkommen erhält.

Wie sie selbst schreiben, hat sich mittlerweile das Tarifniveau Ost sehr stark dem Tarifniveau West angeglichen. Nach den neuesten Zahlen des Tarifarchivs des WSI lag das Tarifniveau Ost im Vergleich zu West aber immerhin bei 96,6% und in etlichen Branchen, wenn auch leider noch nicht in allen, wird in Ost und West das Gleiche gezahlt.

Dass die Arbeitseinkommen im Durchschnitt im Osten immer noch geringer sind als im Westen hat mehrere Gründe. So ist der Anteil der Besserverdienenden im Westen höher. Vor allem liegt es daran, dass der Anteil mit Niedriglöhnen im Osten weit höher ist als im Westen. Hier muss angesetzt werden. Es ist ein Skandal, dass es immer noch Branchen gibt, in denen im Osten weniger bezahlt wird als im Westen. Vor allem brauchen wir endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, und zwar in bundesweit einheitlicher Höhe. Darüber hinaus sind Gewerkschaften und Arbeitgeber gefordert, dass das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch im Ost-West-Vergleich gilt. Darüber hinaus ist das Problem, dass die Tarifbindung deutlich geringer ist als im Westen, weil sich viele Arbeitgeber im Osten aus der Verantwortung stehlen. Hier muss unter anderem mit Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen und branchenbezogenen Mindestlöhnen, die über den gesetzlichen Mindestlohn hinausgehen, gegengesteuert werden.

All das reicht alleine aber nicht aus, um Altersarmut zu bekämpfen, denn auch mit einem Mindestlohn liegt die Rente selbst nach 45 Jahren Vollzeitberufstätigkeit immer noch unter der Armutsgrenze und denjenigen, die in den letzten 20 Jahren Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne erleiden mussten, reicht das nicht, denn die Erwerbsbiographien sind bereits geschrieben. Deshalb brauchen wir eine staatlich garantierte Mindestrente – eine Garantierente, die sicher vor Altersarmut schützt und von der vor allem die Menschen in Ostdeutschland profitieren.



Durch eine pauschale Hochwertung der Entgeltpunkte würden auch Besserverdienende begünstigt und würde mehrere Milliarden Euro kosten. Geld, das unseres Erachtens in einen verbesserten Schutz vor Altersarmut und die Anhebung geringer Rentenansprüche investiert werden sollte. Durch die Grüne Garantierente würden geringe Rentenansprüche so aufgestockt werden, dass die Rente zumindest für langjährig Versicherte über dem Grundsicherungsniveau liegt - und zwar nicht als Almosen wie bei der Grundsicherung für die Älteren, sondern als regulärer Teil der Rentenversicherung. Die Aufstockung soll in Ost- und Westdeutschland in gleicher Weise erfolgen, aber weil in Ostdeutschland aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und des großen Niedriglohnssektors das Risiko von Altersarmut besonders stark steigen wird, ist die Grüne Garantierente für die Menschen im Osten besonders wichtig.

Die Beibehaltung der Höherwertung würde hingegen nicht nur den derzeitigen Status quo der Trennung und die bestehenden Ungerechtigkeiten zementieren – denn es bliebe damit ja auch nach der Angleichung der Rentenwerte bei einer Differenzierung des Rentenrechts nach Ost und West – sondern sie verzögert zudem die Angleichung. Im Stufenmodell von ver.di dauert es zehn Jahre, in dem der Linken immerhin noch fünf Jahre bis zur vollständigen Angleichung der Rentenwerte. So lange wollen wir nicht warten.

Unserer Ansicht nach sind Menschen mit gleichem Einkommen, seien es Besserverdienende, seien es Geringverdienende in Ost- und Westdeutschland in einer ähnlichen Situation und sollten gleich behandelt werden. Für uns heißt das, dass Besserverdienende für gleiches Einkommen auch die gleichen Rentenansprüche erhalten und Menschen mit geringen Einkommen besser vor Altersarmut geschützt werden müssen.

Wir wollen eine schnellstmögliche Anhebung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West, die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze Ost auf das Westniveau, die Beibehaltung der bisherigen Rentenansprüche und die Einführung einer Garantierente. Das sind unsere Forderungen, durch die die bisherige Aufwertung der Ostarbeitsentgelte entfallen kann.



Unseren vollständigen Antrag habe ich beigefügt. Gerne nehme ich Ihren Vorschlag eines persönlichen Gesprächs auf und bin gerne bereit, dieses Thema dabei zu vertiefen. Mein Büro wird sich zwecks Terminvereinbarung mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "U. Stier". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.